

Landesverband

Schiffbrücke 42
24939 Flensburg

Tel. (0461) 144 08 310
Fax (0461) 144 08 313
info@ssw.de

Resolution

des SSW

Beschlossen vom SSW-Parteitag
am 9. September 2006 in Husum

Der SSW lehnt den Eingriff in die kommunalen Finanzen ab

1. Der SSW lehnt den **Eingriff des Landes in den kommunalen Finanzausgleich** um jeweils 120 Millionen € in den Jahren 2007 und 2008 ab.
2. Der Eingriff in die kommunalen Finanzen ist nicht mit der langfristig angespannten Haushaltslage des Landes zu rechtfertigen, da in den kommenden Jahren deutliche Mehreinnahmen zu erwarten sind. Es ist nicht zu rechtfertigen, dass das Land seinen Haushalt auf Kosten der Kommunen saniert.
3. Die von der Landesregierung vorgeschlagenen Maßnahmen zur Kompensation der Mindereinnahmen sind völlig unzureichend oder nicht hinnehmbar.
4. Der SSW fordert die Landtagsfraktionen von CDU und SPD dazu auf, im Zuge der Haushaltsberatungen den Eingriff in die kommunalen Finanzen zu korrigieren.
5. Der SSW weist die Proteste des Gemeindetages sowie der hauptamtlichen Bürgermeister und leitenden Verwaltungsbeamten in Nordfriesland gegen die geplante Änderung der kommunalen **Schulkostenbeiträge für Schülerinnen und Schüler** in den dänischen Schulen in ihrer Form entschieden zurück. Der Bezug auf die Bonn-Kopenhagener-Erklärung, die Androhung von Kürzungen bei den freiwilligen Leistungen und die einseitige Betrachtung der dänischen Minderheit als „Last“ belasten das Zusammenleben von Mehrheit und Minderheit in den Kommunen und erschweren die Anerkennung und Gleichbehandlung der Angehörigen der dänischen Minderheit als vollwertige Bürgerinnen und Bürger.

6. Der Vorschlag, die kommunalen Schulkostenbeiträge für die dänischen Schülerinnen und Schüler in zwei Schritten bis 2009 auf 100% zu erhöhen ist unter dem Gesichtspunkt des Gleichheitsgrundsatzes vertretbar, da die Kommunen auch für die öffentlichen Schülerinnen und Schüler voll aufkommen. Obwohl dieser Vorschlag für die Kommunen im nördlichen Landesteil angesichts der kommunalen Haushaltslage zu einem ungünstigen Zeitpunkt erfolgt und Mehrkosten bis zu 3,3 Mio. € verursachen wird, darf dieses nicht dazu führen, dass die dänische Minderheit zum Spielball der finanzpolitischen Auseinandersetzung zwischen Land und Kommunen wird und letztlich allein die negativen Folgen trägt. Der erhöhte Schulkostenbeitrag darf daher nicht zu einer Absenkung der freiwilligen Leistungen führen.

7. Der SSW fordert den Schleswig-Holsteinischen Gemeindetag, die Kommunen und die Kreise im nördlichen Landesteil auf, ihre Kritik auf den Eingriff in die kommunalen Finanzen sowie auf die ebenfalls gekürzten Regional- und Küstenschutzmittel zu konzentrieren, die insgesamt zu kommunalen Mindereinnahmen von fast 180 Mio. € führen. Diese Maßnahmen gefährden die Zukunftschancen unserer Region in ungleich höherem Maße als die Erhöhung der kommunalen Erstattungen an das Land für die Schülerinnen und Schüler der dänischen Schulen.

Flemming Meyer

SSW-Landesvorsitzender